Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 50

Artikel: Manipulationen um das Erbe Papst Johannes' XXIII.

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076919

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Manipulationen um das Erbe Papst Johannes' XXIII.

Während der zweiten Sitzungsperiode des 2. Vatikanischen Konzils haben mehrere hundert Bischöfe in einer Resolution eine klare Stellungnahme der katholischen Kirche zum Kommunismus verlangt.

Diese Forderung kam nicht von ungefähr. Das eindeutig scheinende Verhältnis zwischen Kirche und Kommunismus hat seit dem Ende des Pontifikats von Papst Johannes XXIII. neue Auslegungen erfahren, die in Richtung auf «Annäherung» oder «gegenseitige Toleranz» gingen. Namentlich seit dem Tode des letzten Papstes hat es die KP geschickt verstanden, sein geistiges Vermächtnis abzufälschen und für ihre Zwecke dienstbar zu machen.

Dabei ist gerade in diesem Jahr eine Verschärfung des Kampfes gegen die Religion festzustellen. Das Juni-Plenum vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) fasste Beschlüsse zu einer scharfen ideologischen Offensive des militanten Atheismus, die ihren Niederschlag nicht nur in der Propaganda, sondern auch in konkreten Massnahmen (Schliessung von Kirchen, Prozesse gegen Priester, offene Verfolgung der Sekten) fand. Die «Prawda» vom 7. Oktober kommentiert:

«Es gilt in überzeugender Weise auf den Schaden hinzuweisen, den jede Art von Religion dem kommunistischen Aufbau zufügt. Es gilt, die Unwissenschaftlichkeit ihrer Ideologie ebenso zu beweisen wie die Unvereinbarkeit der kommunistischen und religiösen Moral... Als Ergebnis der grossen Arbeit aller Parteiorganisationen stellten während der letzten drei Jahre etwa in einem einzigen Bezirk mehr als 200 Kirchen und Gebetshäuser ihren Betrieb ein, viele Sektengemeinden zerfielen, und viele Hunderte von Gläubigen brachen für immer mit der Religion.»

Papst Johannes XXIII. gilt heute in der kommunistischen Propaganda als «fortschrittlich» und «friedliebend», während er noch ein Jahr zuvor «Werkzeug des amerikanischen Imperialismus» genannt wurde.

Papst Paul VI. (auf unserm Bild rechts als Kardinal Montini im Gespräch mit dem amerikanischen Kardinal Spellman) hat nach kommunistischer Darlegung mit dem Geist der Enzyklika «Pacem in terris» (Friede auf Erden) seines Vorgängers gebrochen.

Die Tatsache, dass der Kommunismus auf ideologischer und geistiger Ebene keine Koexistenz anerkennt, wurde von der Parteiführung mehrfach betont. Chruschtschews Standpunkt ist unmissverständlich:

«Die Feinde des Kommunismus setzen ihre Hoffnung auf ideologische Störmanöver in den sozialistischen Ländern. Seid dessen immer eingedenk, Genossen, und haltet eure Waffen gut intakt und kampfbereit!»

Trotz dieser eindeutigen Sachlage sprechen einige Anzeichen dafür, dass es den Kommunisten nicht nur im Ostblock, sondern auch mancherorts im Westen gelungen ist, auf dem Schlachtfeld des Kalten Krieges zwischen den Ideologien einige Erfolge zu erringen. Die Resolution der Bischöfe aus der zweiten Konzilssession hat ausdrücklich die Verwirrung erwähnt, die bezüglich Beurteilung des Kommunismus auch in katholischen Kreisen herrsche. Diese Ratlosigkeit vieler Katholiken ist ein neues Phänomen. Sie ist entstanden durch die Verdrehung wesentlicher Aussagen der Enzykliken von Papst Johannes XXIII.

Es ist bekannt, dass diese Enzykliken in der Sowjetunion und den Volksdemokratien nicht einmal vollumfänglich veröffentlicht wurden. Aber das hindert nicht, dass Parteipresse und Parteipublikationen sich bei jeder passenden Gelegenheit auf sie berufen. Man erklärt einfach, sie seien «für den Frieden» geschrieben, und Johannes XXIII. sei «ein guter Papst» gewesen. Auf diese Interpretation stellte man sich seit Erscheinen des Rundschreibens «Pacem in terris» (Friede auf Erden) von diesem Frühjahr ein. Chruschtschew selbst bemerkte dazu: *«Papst Johannes XXIII. hat abweichend von mehreren seiner Vorgänger eine realistischere Haltung zu einer Reihe aktueller Probleme eingenommen, besonders zu Fragen von Frieden und Abrüstung.»*

(Vermerkenswert ist dabei, dass Kennedy nach seinem Tode mit völlig gleichlautendem Lob bedacht wurde.)

Seit dem Ableben von Papst Johannes hat sich die kommunistische Geschichtspropaganda seiner Persönlichkeit noch deutlicher bemächtigt, um ihn als Kämpfer für den Frieden möglichst in dem Sinne einzuschränken, den das kommunistische «Friedenslager» als nutzbringend erachtet.

Selbstverständlich handelt es sich dabei um eine Abfälschung dessen, was der Papst in seinen Enzykliken tatsächlich sagte. Der Leser in den kommunistischen Ländern hat ja gar keine Gelegenheit, etwa die Stelle aus «Pacem in terris» kennenzulernen, in der es unmissverständlich heisst:

«Die staatliche Obrigkeit darf die Menschen also nur dann im Gewissen verpflichten, wenn ihre Autorität mit Gottes Autorität in Einklang steht und an dieser teilhat. Da die staatliche Gewalt von der Ordnung der geistigen Dinge gefordert wird und von Gott ausgeht, können weder erlassene Gesetze noch erteilte Vollmachten die Staatsbürger verpflichten, wenn die Staatslenker gegen diese Ordnung und deshalb gegen Gottes Willen Gesetze oder Vorschriften erlassen; denn man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen. In diesem Fall wird die Autorität sogar ganz hinfällig und zum Missbrauch der Gewalt.»

Paul VI. wird heute von den massgebenden kommunistischen Stimmen als rückschrittlicher Papst bezeichnet, der sich vom Geist der Enzyklike «Pacem in terris» abgewandt habe. Seine abgegebene grundsätzliche Erklärung gegen den Kommunismus wird als Bruch mit dem Erbe seines Vorgängers angeprangert, was die bestehende Verwirrung noch gesteigert hat. Das letzte Rundschreiben von Papst Johannes XXIII. ist zum Bestandteil der kommunistischen Propaganda geworden, ohne je in seinem vollen Text zugänglich gemacht worden zu sein.

In Polen, einem Land mit überwiegend katholischer Bevölkerung, wurde die Haltung des Episkopats der «friedliebenden Einstellung» von Papst Johannes gegenübergestellt. Während er die Notwendigkeit der friedlichen Koexistenz erkannt habe, wolle die Bischofskonferenz die sich aufdrängenden Konsequenzen immer noch nicht ziehen. Aus zahlreichen Vergleichen ergibt sich — vor allem allerdings mittelbar — eine Konfrontierung des «fortschrittlichen» Papstes mit dem «rückständigen» oder «reaktionären» Landesklerus und vor allem mit dem polnischen Primas, Kardinal Wyszynski.

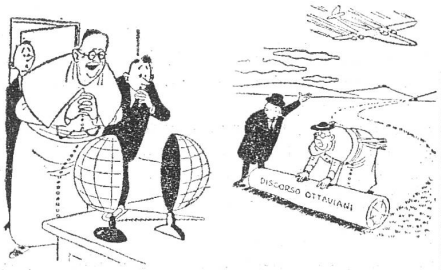
In Ungarn war man diesen Frühling noch weiter gegangen. Die katholische Wochenzeitschrift «Uj Ember» sprach damals sogar von einer willkommenen «Achse Moskau—Rom», einer Achse von Friedenskräften.

Ihre besonderen Waffen aus dem Material der Enzykliken haben die ostzonalen Propagandisten geschmiedet. Namentlich Ende Oktober wurden zur Vorbereitung der «Wahlen» recht häufig Stellen aus «Pacem in terris» zur Irreführung der christlichen Bürger zitiert, die beinahe annehmen sollten, dass der verstorbene Papst im Grunde genommen auch für Ulbricht gewesen wäre. Es wurde betont, dass die Enzyklika das Prinzip der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten von unterschiedlicher Gesellschaftsordnung als politisches Prinzip zur Erhaltung des Friedens in «gewissem Umfange» berücksichtige. Gemäss dieser Interpretation entschärft das Rundschreiben die «aggressiv antikommunistische Spitze des politischen Klerikalismus» in der Kirche. Als Bruch mit der «reaktionären Tradition» von Papst Pius XII. wurde vermerkt, dass sich die Enzyklika «an alle Menschen guten Willens» wendet. Die bisherige Lehre der Kirche wurde im gleichen Zusammenhang als «ausgebildete Demagogie» abgetan.

Es ist nicht verwunderlich, dass sich die ostzonalen Bischöfe angesichts der verzerrten Aussagen der Enzyklika in Pastoralbriefen um eine Richtigstellung bemühen mussten. Das grosse, aber durchaus eigennützige Interesse der KP für das geistige Erbe von Papst Johannes XXIII. ist um so auffälliger, als er noch vor einem Jahr in ihrer Presse als «wütender Antikommunist» und «Vollzieher der politischen Ideen des Imperialismus» erwähnt wurde. Er war ein «Apologet des staatsmonopolistischen Kapitalismus», und seine Enzykliken (insbesondere «Mater et magistra») waren «Versuche, die klerikale soziale Doktrin unserer Zeit anzupassen und sie für eine ideologische Offensive gegen die Ideen und die Wirklichkeit des Sozialismus und Kommunismus benutzbar zu machen».

Um weitere Missverständnisse zu vermeiden, sah sich Paul VI. zu einer grundsätzlichen Erklärung veranlasst. Er nannte den Kommunismus «eine verderbliche und tödliche Krankheit, welche die Kirche nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch bekämpft». Die Unvereinbarkeit von Religion und Kommunis-

(Fortsetzung auf Seite 5)



Der als konservativer Exponent des Kardinalkollegiums geltende Ottaviani ist der besonderen Hässigkeit der kommunistischen Propaganda ausgesetzt. Die Karikaturen aus dem Buche «Kardinali isut w Ad» («Kardinäle gehen zur Hölle», Moskau 1961) zeigen ihn als Anhänger des Atomkrieges und als Postkutschenspezialist im Zeitalter des Flugzeuges.

mus wird ja gerade von der KP übrigens genügend betont, wie es etwa unser «Prawda»-Zitat weiter vorne einmal mehr belegt. Die kirchliche Stellungnahme nimmt schliesslich nur das Wesen der kommunistischen Lehre zur Kenntnis, die ja der Religion jede Existenzberechtigung abspricht. Zum geforderten «Aufbau des Kommunismus» muss unter anderm die Religion ausgemerzt werden. Jede Koexistenz mit dem Christentum kann also kommunistischerseits nur als Uebergangsstufe zur zukünftigen Gesellschaft verstanden werden, in welcher der «religiöse Aberglaube» vollständig ausgemerzt zu sein hätte.

In seiner Eröffnungsansprache zur zweiten Sessionsperiode des Konzils gab Paul VI. seiner Besorgnis um die Kirche des Schweigens Ausdruck:

«Wir müssen Realisten sein und dürfen nicht die Schläge verheimlichen, die von vielen Orten her auf diese allgemeine Versammlung treffen. Bei solcher Orientierung wird unser Herz schwer, soweit wir etwas wissen, und noch schwerer, soweit wir nichts erfahren können, betreffe es die heilige Hierarchie, die die Mönche und Ordensfrauen oder so viele unserer Söhne, die ihrer Treue zu Christus und der Kirche wegen Aengsten, Quälereien, Enteignungen und Unterdrückungen ausgesetzt sind. Welche Traurigkeit bewegt uns dieser Leiden wegen, welch ein Schmerz ist es zu sehen, dass in gewissen Ländern die religiöse Freiheit wie die andern grundlegenden Rechte des Menschen unterdrückt ist durch Grundsätze und Methoden politischer, rassischer oder antireligiöser Intoleranz.

Welches sind die Folgen?

Welches sind die Folgen der unterschiedlichen Haltung des Kommunismus zu Papst Johannes XXIII. und Papst Paul VI., vor allem in den drei Ländern mit der grössten katholischen Bevölkerung, nämlich Polen, Ungarn und der CSSR ?

Die Kirche steht, ausgenommen in Polen, wo sie sich im Augenblick einem verstärkten Druck des Regimes ausgesetzt sieht, im allgemeinen genau so da wie im Jahr 1962.

Trotz einiger als «dramatisch» empfundener offizieller Akte in Ungarn und der CSSR und trotz der verhältnismässig freundlichen Haltung, die man in Polen gegenüber Papst Johannes XXIII. eingenommen hatte, ereignete sich im Grunde genommen nichts oder doch nur sehr wenig, was die Stellung der Kirche grundsätzlich verbessert hätte. Die Atmosphäre, in der die Kirche arbeiten und ihre Gottesdienste abhalten muss, schwankt nach wie vor zwischen offizieller Zurückhaltung und strenger Durchführung antikirchlicher Massnahmen.

Im folgenden geben wir einen kurzen Ueberblick über das Verhältnis zwischen Kirche und Staat in den drei grössten römisch-katholischen Ländern des Ostblocks gegen Ende des Jahres 1963:

Polen: Verstärkter Druck

Für die Katholiken Polens brachte das Jahr 1963 einen ständig, wenn auch nicht planmässig steigenden Druck des Regimes auf die Kirche.

Es gab keine neuen offiziellen Beschränkungen für die Kirche oder die Gläubigen; Belästigungen vielfältiger Natur nahmen aber ständig zu und führten zu einigen scharfen Auseinandersetzungen zwischen Regierungsstellen und Kirchenführern, vor allem mit dem polnischen Primas, Kardinal Wyszynski. Am auffälligsten von all den Massnahmen zur Beunruhigung und Beeinträchtigung des kirchlichen Lebens, die das Regime einführte, waren diejenigen, die darauf abzielten, die Ausbildung des Priesternachwuchses zu erschweren. Die offizielle Kampagne gegen die Seminaristen, die aber aus dem Hinterhalt geführt wird, verstärkte sich in diesem Herbst noch. Das Regime rief nämlich im Rahmen der allgemeinen Wehrpflicht einen grossen Teil der Seminaristen zu den Waffen. Sie wurden für die volle Dauer des Wehrdienstes, nämlich zwei Jahre, einberufen. Natürlich sehen die gesetzlichen Bestimmungen und auch das im Jahre 1956 zwischen der Kirche und dem polnischen Staat geschlossene Abkommen keine Freistellung der Seminaristen vom Wehrdienst vor. Bis jetzt hatte man ihnen aber immer gestattet, zuerst ihre Ausbildung abzuschliessen und sie dann lediglich für die Dauer von wenigen Wochen eingezogen. Genaue Angaben über die Zahl der eingezogenen Seminaristen liegen nicht vor. Aber ein Sprecher des Warschauer Priesterseminars hatte Anfang November erklärt, von den insgesamt 180 Seminaristen im Priesterseminar der Diözese Warschau seien 34 einberufen worden. Dazu kommt, dass die Regierung im Laufe des Sommers kurzerhand 40 Seminare für Jugendliche unter 14 Jahren und eine grosse Anzahl von Klosterschulen geschlossen hatte. Andere Seminare sind dadurch schwer beeinträchtigt worden, dass die Regierung Teile ihrer Gebäude «requirierte», weil die Seminare angeblich über mehr Platz verfügten, als ihnen offiziell zustehe.

Unter den anderen Massnahmen des Regimes befanden sich die Beschränkung der Zahl von Nonnen, die in den staatlichen Krankenhäusern arbeiten dürfen, die Erschwerung der Erteilung von Religionsunterricht ausserhalb der Schulen (in denen der Religionsunterricht verboten ist) und die Verweigerung von Genehmigungen für Kirchenneubauten in Gebieten, in denen ein starker Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen ist.

Als die polnischen Bischöfe um Reisepässe und Ausreisegenehmigungen zur Teilnahme am zweiten Teil des Oekumenischen Konzils in Rom nachsuchten, bot sich der Regimebürokratie eine neue Chance.

Von den insgesamt 40 gestellten Anträgen wurden 22 ohne weiteres genehmigt, darunter auch der von Kardinal Wyszynski. Aber sieben weitere wurden erst so spät bearbeitet, dass die Antragsteller nicht mehr an der Eröffnungssitzung teilnehmen konnten, und der Rest erhielt keine Ausreisegenehmigung. Gründe für die Verweigerung wurden nicht bekanntgegeben.

Presse und Radio des Regimes berichten ausführlich über das Konzil. Doch lässt sich feststellen, dass die offizielle Kritik an den Konzilsbeschlüssen und -besprechungen seit dem Tode von Papst Johannes XXIII. zugenommen hat.

Trotz offizieller Einschränkungen, Verfolgungen und Missbilligung ist Polen bis heute das Land mit der grössten katholischen Bevölkerung im Ostblock geblieben.

Von offizieller Seite liegen natürlich keine Angaben über die Glaubenszugehörigkeit der Bevölkerung vor. Man nimmt aber an, dass rund 90 Prozent der insgesamt 30 Millionen Polen dem katholischen Glauben angehören. Darunter fallen auch so viele der 1 250 000 Mitglieder der polnischen KP, dass sich die Parteiführung ernste Sorgen zu machen beginnt.

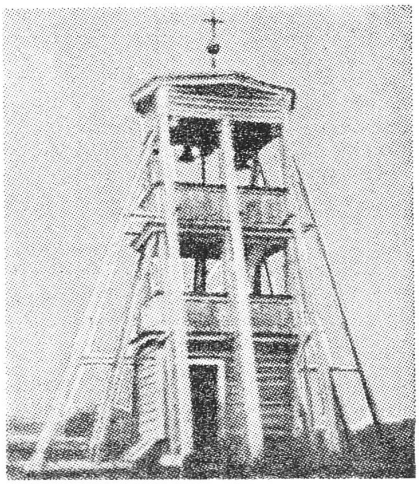
Ungarn: Schlüsselfigur Kardinal Mindszenty

Das Symbol und die Schlüsselfigur in den Beziehungen zwischen Kirche und Staat in Ungarn stellt die gebeugte Gestalt des heute 71jährigen Kardinals Mindszenty dar, der sich seit dem Volksaufstand des Jahres 1956 in der amerikanischen Botschaft in Budapest aufhält.

Solange die Zukunft des Kardinals nicht von der Kirche, dem Staat und dem eigenwilligen Kardinal selbst gelöst ist, dürfte es zu keiner bedeutungsvollen Aenderung in den Beziehungen der katholischen Kirche in Ungarn und dem kommunistischen Regime kommen. Und zum Ausgang des Jahres 1963 befindet sich der Kardinal immer noch da, wo er auch die vergangenen sieben Jahre weilte.

Eine Zeitlang hatte es einmal so ausgesehen, als ob sich die langjährige «Gefangenschaft» des Kardinals in der amerikanischen Botschaft ihrem Ende näherte. Im Frühjahr hatten Besprechungen zwischen dem Vatikan und dem ungarischen Regime stattgefunden, Kardinal König von Wien hatte als offizieller Abgesandter des Vatikans in der ungarischen Hauptstadt geweilt. Aber seit dem Tode von Papst Johannes XXIII. gab es keine offiziellen Verlautbarungen über weitere Gespräche mehr.

Eine andere wichtige Streitfrage zwischen Kirche und Regime stellt die Neubesetzung von sechs vakanten Bischofssitzen dar, für die das Regime eigene Kandidaten parat hält. Die antikirchliche Propaganda hat in den letzten Monaten eher zugenommen. Das Regime hat einige Kirchenführer gezwungen, sich in den Ruhestand versetzen zu lassen, und Geistliche, die in ihren Pfarreien zu populär geworden waren, sind in andere Gebiete versetzt worden.



Dagegen hat man im Jahre 1963 auch rund 60 Priestern, die inhaftiert waren, die Freiheit wieder geschenkt und den Hausarrest, der über zwei Bischöfe und drei Weihbischöfe verhängt war, aufgehoben. Den Bischöfen wurde allerdings nicht gestattet, ihre Arbeit wieder aufzunehmen. Im Oktober wurde die Verhaftung eines Priesters gemeldet. Damit beträgt die Zahl der offiziell als verhaftet gemeldeten Priester ein halbes Dutzend.

Die Bestimmungen, die die Ausbildung des Priesternachwuchses und die Erteilung des Religionsunterrichtes regeln, blieben in diesem Jahr unverändert.

Fünf der insgesamt 17 ungarischen Bischöfe sowie ein apostolischer Administrator nehmen am Oekumenischen Konzil in Rom teil. Den anderen wurden Reisepässe und Ausreisegenehmigungen verweigert.

Die fast sieben Millionen ungarischer Katholiken (Gesamtbevölkerung 10 072 000) haben bisher so gut wie nichts vom Oekumenischen Konzil erfahren, ausgenommen die Tatsache seiner Eröffnung.

Die offizielle Haltung des Regimes gegenüber Papst Paul VI. geht deutlich aus der Tageszeitung des ZK der ungarischen KP für das Gebiet von Vas hervor. In dem Blatt wurden schwere Vorwürfe gegen den Papst erhoben, da er von «Pacem in terris» «abweiche».

CSSR: Nichts Neues

Im Oktober war die Freilassung des geistigen Führers der Katholiken in der CSSR, des Erzbischofs von Prag, Josef Beran, und vier weiterer Bischöfe angekündigt worden. Nichts deutet aber bis jetzt darauf hin, dass dieser dramatische Schritt irgendeine Aenderung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat in der CSSR zur Folge haben könnte.

Denn weder dem heute 74jährigen Erzbischof Beran, der 14 Jahre inhaftiert war, weil er sich damals geweigert hatte, einen Eid auf die kommunistische Verfassung zu schwören, noch den anderen aus der Haft Entlassenen ist es bisher gestattet worden, ihre kirchlichen Aemter wieder auszufüllen. In Haft befinden sich immer noch zwei Suffraganbischöfe.

Insgesamt sind 11 Diözesen in der CSSR verwaist, und zwar alle sieben in Böhmen und Mähren und vier der insgesamt sieben in der Slowakei. Keiner der elf an der Amtsausübung gehinderten Bischöfe erhielt die Genehmigung, am Oekumenischen Konzil teilzunehmen. Die Bischöfe, die ausreisen durften, erhielten alle einen vom Regime ausgewählten «Sekretär» und einen «Berater» für kirchliche Angelegenheiten, um sicherzugehen, dass sie in Rom stets unter Aufsicht sind.

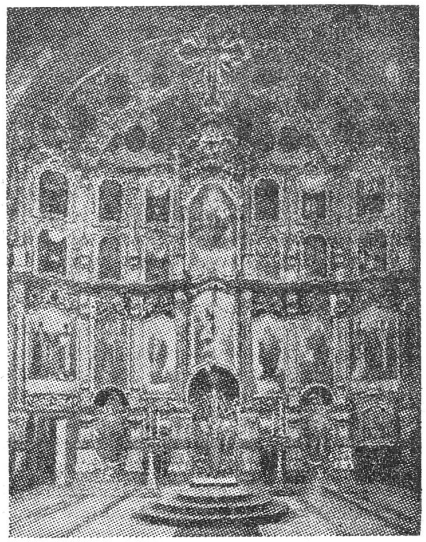
Die schwierige Lage des Katholizismus in der CSSR geht deutlich aus folgender statistischen Aufstellung hervor: In den Jahren 1933/34 gab es in der CSSR insgesamt 14 Priesterseminare mit 1050 Studenten. Heute gibt es zwei Priesterseminare. Die Zahl der Seminaristen betrug im Jahre 1962 169.

Trotz dieser Tatsachen bekennen sich heute von den insgesamt 14 Millionen Tschechoslowaken immer noch zwischen 50 und 60 Prozent zum katholischen Glauben, verglichen mit 73 Prozent vor dem Krieg. Die einzige Gelegenheit, die die Gläubigen haben, in der offiziellen Presse etwas über den Verlauf der Debatten des Oekumenischen Konzils zu erfahren, bieten die Spalten der «Katolicke Noviny», einem katholischen Blatt mit einer sehr niedrigen Auflage.

Sozialistische Namensgebung

Zum Kampf der Sowjetunion und der Volksdemokratien gegen christliche Tradition gehört ihr Ueberspielen mit neu eingeführten Bräuchen. So wurde Weihnacht zum «Fest der Liebe» oder zum «Fest von Väterchen Frost»; so werden die Feiern (namentlich in der UdSSR) mit möglichster Betonung auf den Jahreswechsel abgehalten, wobei der Christbaum zum Neujahrsbaum wird.

Nicht anders verhält es sich beim christlichen Gehalt bei jenen Zeremonien, die Abschnitte im menschlichen Leben bedeuten: Taufe, Konfirmation, Eheschliessung. Heiratspaläste, in denen die zivilstandsamtliche Eintragung von grösstmöglicher Feierlichkeit und Schönheit umgeben wird, sollen die jungen Leute das Bedürfnis nach Trauung in der Kirche vergessen lassen. Die pomphafte Jugendweihe als Verpflichtung zum kommunistischen Ideal soll in der weitgehend protestantischen Sowjetzone Deutschlands die Konfirmation abdrängen. Für die Taufe wurde ein Ersatz in der feierlichen Namensgebung gefunden, die in den verschiedenen kommunistischen Staaten unterschiedlich organisiert wird. Je nachdem wird die Organisation eines festlichen Rahmens dem Arbeitsbetrieb des Vaters oder der Jugendorganisation Komsomol anvertraut.



Orthodoxe Kirchentrennwand (Ikonostas)

In der Sowjetunion hat man den Anlass zu einem eigentlichen Festtag ausgebaut, der laufend neue Formen findet. Von einem besonders fortschrittlichen Kulturhaus, das sich diesem Zwecke widmet, berichtete in der Oktobernummer der Zeitschrift «Kulturno-Proswetitelnaja Rabota» der Leiter einer Kulturabteilung der Region Krasnodar, J. Solotuchin. Seine Ausführungen geben einen Einblick in neues sowjetisches Brauchtum und lassen erkennen, welche Mühe sich die Partei gibt, um einen Taufersatz zu finden:

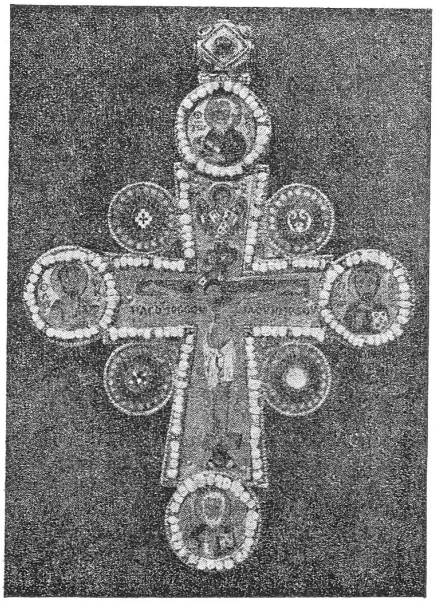
«Mir wurde ein Sohn geboren. Ich bitte darum, den Tag der feierlichen Registrierung festzulegen.» An wen ist diese Bitte gerichtet? Sagen Sie nicht voreilig, diese Bitte sei an das Standesamt gerichtet. Der Vater des Kindes wandte sich an den Leiter des Kulturhauses. Schon länger als ein Jahr feiert man im Rayonkulturhaus das Fest der Namensgebung, den Tag, an dem die Kinder feierlich registriert werden.

Mitarbeiter des Kulturhauses hatten vor etwa einem Jahr mit dem Entbindungsheim und dem Standesamt telephoniert, um zu erfahren, in welcher Familie Kinder geboren worden waren. Danach unterhielten sich die Mitarbeiter des Kulturhauses mit den Eltern und den Grosseltern des Neugeborenen und luden sie zum Fest der Namensgebung in das Kulturhaus ein. Anfangs waren solche Feste nicht sehr gut besucht. Solche Feiern waren neu und ungewohnt. Wir liessen uns jedoch nicht irre machen. Wir veranstalteten regelmässig solche Feiern, meist am letzten Sonntag eines Monats. Und das Beispiel der Eltern, die die Geburt ihrer Kinder nach dem neuen sowjetischen Brauch feierlich begingen, fand ausgezeichnet Anklang. Auch die Festzeremonie hinterliess einen unauslöschlichen Eindruck. Immer häufiger wandten sich die Einwohner von Beloretschenskaja an das Kulturhaus und baten, die Geburt ihres Kindes nach neuem Brauch zu feiern. Immer weniger Menschen lassen ihre Kinder in der Kirche taufen. Gewöhnlich erhalten an dem vom Kulturhaus festgesetzten Tag gleich mehrere Kinder ihre Namen.

Wie verläuft nun die feierliche Zeremonie der Registrierung der Neugeborenen?

Natürlich haben an einem solchen Tag das Kulturhaus und seine Gäste besonderen Festschmuck angelegt.

Ein Fanfarensignal «Hört es alle! Hört es alle!» kündet den Beginn der Feier an. Während die glücklichen Eltern mit dem Neugeborenen zur Bühne schreiten, spricht ein Rundfunkansager feierlich die Worte: «Heute nehmen wir neue kleine Bürger in unsere Sowjetgesellschaft auf. Väter und Mütter! Behütet eure Kinder an jedem Tag und zu jeder Stunde, denkt stets daran, dass sie schon vom ersten Tage ihres Lebens an nicht nur für euch, sondern für unser ganzes Volk heranwachsen.»

Während der Feier spürt man die menschliche Wärme, die behutsame Fürsorge um die Zukunft des Kindes, und denkt daran, welch grosse Verantwortung Familie und Gesellschaft für die Erziehung des kleinen Bürgers haben. Ein Vertreter des Stadtsowjets beglückwünscht die Eltern herzlich und ebenso ein Mitglied der Frauenorganisation des Rayons.

Als Höhepunkt der Feier wird den Eltern die Geburtsurkunde und ein Schreiben mit den Geboten für den künftigen Bürger überreicht. Die Eltern werden es so lange aufbewahren,